

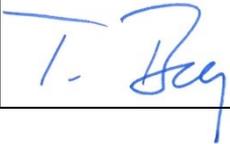
Sitzungsvorlage Nr.: 127/2018  
 Bearbeiter.: Thomas Berg

Sitzung am 13.12.2018  
 Aktenzeichen: 207.68

Öffentlich  
 Nichtöffentlich

**Sichtvermerk:**  
**Bürgermeister Frank Schrott**



Amt 10 Bürgermeisteramt	Amt 20 Hauptamt	Amt 30 Finanzverwaltung	Amt 40 Bauamt
			

Gremium	Beratungsfolge	Sitzung am	Öffentlichkeitsstatus
Verwaltungs- und Finanzausschuss	Vorberatung	20.11.2018	nicht öffentlich
Gemeinderat	Beschlussfassung	13.12.2018	öffentlich

Verhandlungsgegenstand:

**Erhöhung der Schulsozialarbeit an der  
 Burgschule / Wilhelm-Busch-Schule und  
 Einführung der Schulsozialarbeit an den  
 Grundschulen Hartheim / Heinstetten und  
 Tieringen / Oberdigisheim**

Beschlussvorschlag:

1. Die Schulsozialarbeit an der Burgschule und der Wilhelm-Busch-Schule wird zum 2. Schulhalbjahr 2018 / 2019 auf einen Stellenumfang von insgesamt 120% erhöht.
2. An den Grundschulen Hartheim / Heinstetten und Tieringen / Oberdigisheim wird zum 2. Schulhalbjahr 2018 / 2019 eine Schulsozialarbeit mit einem Stellenumfang von insgesamt 20% eingerichtet.
3. Die Erhöhung bzw. Einrichtung der

**Schulsozialarbeit wird dem Diaspora-  
haus Bietenhausen e.V. übertragen. Die  
Verwaltung wird beauftragt, den Vertrag  
entsprechend anzupassen.**

---

Kosten / Finanzielle Auswirkungen:

- Es werden keine Haushaltsmittel benötigt (kostenneutral).
- Es werden Haushaltsmittel in Höhe von ca. 50.000 € benötigt.
- Diese stehen ausreichend zur Verfügung (HHSt.).
- Haushaltsmittel stehen nur mit € zur Verfügung (HHSt. )
- Haushaltsmittel stehen nicht zur Verfügung.

Deckungsvorschlag: Veranschlagung im Haushalt 2019

---

Protokollauszug an:

- **Amt 20, 30**

## **I. Allgemeines**

Im Jahr 2003 wurde an der Burg- und Wilhelm-Busch-Schule erstmals eine Schulsozialarbeit mit einem Stellenumfang von 50% eingeführt. Zum Schuljahr 2012 / 2013 wurde dieser Stellenumfang, auch im Hinblick auf die Betreuung der Grundschulkinder an der Burgschule, auf 75% erhöht. Zum gleichen Zeitpunkt wurde am Schulzentrum Realschule / Gymnasium eine Schulsozialarbeit mit einem Stellenumfang von insgesamt 50% eingerichtet.

Mit Schreiben vom 24. Juli 2018 beantragte Herr Ullrich Biesel, Schulleiter der Burgschule, eine Erhöhung der Schulsozialarbeit um weitere 75% Stellenumfang auf insgesamt 150% für die Burg- und Wilhelm-Busch-Schule. Das Aufgabengebiet der Schulsozialarbeit habe sich in den vergangenen Jahren zunehmend erweitert und an Komplexität zugenommen. Aufgrund der zunehmenden und sehr wichtigen Gruppenangebote bleibe immer weniger Zeit für Einzelfallhilfen zur Aufarbeitung von Konflikten.

Außerdem haben die Schulleiterinnen der Grundschulen Hartheim / Heinstetten, Frau Mirjam Buhl, und Tieringen / Oberdigisheim, Frau Denise Schäfer, die Einführung einer Schulsozialarbeit von je 2 Wochenstunden (5% Stellenumfang) pro Schulstandort beantragt, insgesamt somit 20% Stellenumfang für beide Grundschuldoppelstandorte. Bislang war lediglich die Grundschule der Burgschule mit einer Schulsozialarbeit ausgestattet, die in Einzelfällen auch kurzzeitige situative Angebote an den Stadtteilgrundschule durchgeführt hat.

Begründet werden die Anträge bzw. die Erhöhung der Schulsozialarbeit unter anderem mit veränderten Familienstrukturen, fehlendem sozialen Halt in Familie und Gesellschaft und dem Konsumverhalten der Schülerinnen und Schüler hinsichtlich moderner Medien. Außerdem seien bereits an Grundschulen vermehrt Regelverstöße, verbale und physi-

sche Aggressionen und Mobbing zu verzeichnen. Die Aufarbeitung von Themen wie Trennung der Eltern und Umgang mit neuen Medien und deren Inhalte seien sehr (zeit-)aufwändig.

Die Kreisjugendpflege beim Landratsamt Zollernalbkreis bestätigt auf Anfrage diese Entwicklung und befürwortet eine mögliche Erhöhung der Schulsozialarbeit uneingeschränkt, ebenso das Jugendamt, Abteilung Jugendhilfeplanung.

Im kreisweiten Durchschnitt verfügen Grundschulen über eine Schulsozialarbeit von rd. 40%, ein Schulzentrum aus Grund-, Werkreal- und Förderschule über rd. 140%. Die Burg- und Wilhelm-Busch-Schule läge mit der beantragten Erhöhung also knapp über dem Durchschnitt, die Stadtteilgrundschulen darunter. Hierzu ist jedoch anzumerken, dass die Werte nicht nach Schülerzahlen gewichtet sind; lt. Kreisjugendpflege ist die Schülerzahl jedoch auch nicht alleinig ausschlaggebend für die Bemessung der Schulsozialarbeit.

## **II. Mehrkosten und Fördermöglichkeiten**

Die Kosten für die vom Verwaltungs- und Finanzausschuss empfohlene Erhöhung der Schulsozialarbeit um insgesamt 65% betragen rund 50.000 €, sind jedoch von den eingesetzten Fachkräften abhängig.

Diesen Mehrkosten stehen höhere Fördermöglichkeiten gegenüber. Seitens des Landes ist eine um 10.855 € höhere Förderung möglich. Seitens des Landkreises kann kein höherer Zuschuss erzielt werden, da dieser auf die Förderung von maximal einer Vollzeitstelle mit maximal 12.000 € pro Jahr begrenzt ist.

## **III. Stellungnahme der Verwaltung**

Aus den vorgenannten Gründen und der tatsächlichen Entwicklung der Notwendigkeit der Schulsozialarbeit spricht sich die Verwaltung für die Erhöhungen der Schulsozialarbeit aus. Der verhältnismäßig geringe Stellenumfang in den Stadtteilgrundschulen sollte als „Grundstock“ für die reguläre Schulsozialarbeit betrachtet werden. Bei schwerwiegenden Konflikten in der Klassengemeinschaft kann dieser punktuell, beispielsweise in Form von Sozialtrainings, von der Schulsozialarbeit der Burgschule aufgestockt werden.

Bezüglich des Zeitpunkts der genannten Änderungen in der Schulsozialarbeit schlägt die Verwaltung das zweite Schulhalbjahr, etwa im Februar 2019, vor. Falls dies aufgrund der Fachkräftegewinnung nicht realisierbar ist, zum entsprechend frühestmöglichen Zeitpunkt.

## **IV. Vorberatung im Verwaltungs- und Finanzausschuss**

Der Verwaltungs- und Finanzausschuss behandelte die Erhöhung bzw. Einführung der Schulsozialarbeit in seiner Sitzung am 20. November 2018. Dabei empfahl der Ausschuss dem Gemeinderat, die Schulsozialarbeit an den Stadtteilgrundschulen im bean-

tragten Umfang einzuführen. Bezüglich der Schulsozialarbeit an der Burg- und Wilhelm-Busch-Schule sprach sich der Verwaltungs- und Finanzausschuss für eine Erhöhung von 75% auf 120% aus und empfahl dem Gemeinderat die entsprechende Beschlussfassung.